



STADT VREDEN

**Begründung zur 2. Änderung
des Flächennutzungsplanes**
im Bereich südlich des
Industriegebietes Gaxel

**Stand:
Feststellungsbeschluss**

Inhalt

I. Begründung

- 1. Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung**
- 2. Lage und Abgrenzung des Plangebietes**
- 3. Einordnung der Planung in die übergeordnete Planung**
- 4. Inhalt der Flächennutzungsplanänderung**
- 5. Erschließung, Ver- und Entsorgungseinrichtungen**
 - 5.1. Verkehrliche Erschließung**
 - 5.2. Ver- und Entsorgung**
 - 5.3. Abwasserbeseitigung**
- 6. Umweltauswirkungen**
 - 6.1. Umweltprüfung**
 - 6.2. Artenschutz**
 - 6.3. Eingriffsregelung**
 - 6.4. Geruch**
 - 6.5. Immissionen**
 - 6.6. Klimaschutz**
 - 6.7. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen**
- 7. Sonstige Auswirkungen der Planung**
 - 7.1. Denkmalschutz und –pflege**
 - 7.2. Altlasten**
- 8. Umsetzung der Planung**

II. Umweltbericht zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Vreden im Bereich südlich des Industriegebietes Gaxel, öKon GmbH, 29.11.2019

B E G R Ü N D U N G

zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich südlich des Industriegebietes Gaxel

1. Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung

Auf dem Gebiet der Stadt Vreden befindet sich südlich der Kernstadt ein zusammenhängendes rd. 120 ha großes Industriegebiet („Industriegebiet Gaxel“), das sich seit seiner Erschließung in den 1970er kontinuierlich weiterentwickelt hat.

Im Zuge der Neuauftellung des Flächennutzungsplanes 2030, der im Jahr 2016 wirksam geworden ist, wurde eine gewerbliche Baufläche mit der Größe von 19 ha südlich des Industriegebietes Gaxel in Richtung Grenze mit den Niederlanden dargestellt. Diese Fläche sollte entsprechend den damaligen Überlegungen neben der Deckung des eigenen Flächenbedarfes für die Wirtschaft auch als grenzüberschreitendes Gewerbe- und Industriegebiet zusammen mit der niederländischen Gemeinde Winterswijk dienen. Das Projekt eines flächigen grenzüberschreitenden Gewerbe- und Industriegebietes wird zurzeit nicht weiter verfolgt.

Unabhängig von den Planungsüberlegungen zu einem grenzüberschreitenden Dienstleistungszentrum hat sich die Wirtschaft in der Stadt Vreden in den letzten Jahren außerordentlich dynamisch entwickelt. So hat sich z.B. die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 8.420 im Jahr 2012 kontinuierlich auf mittlerweile 9.966 im Jahr 2017 erhöht. Der Anteil des produzierenden Sektors ist dabei mit 63,2 % deutlich höher als in anderen Kommunen (vgl. Kreis Borken, Statistik Online).

Die positive wirtschaftliche Entwicklung bedingt eine konstant hohe Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen. So wurden in den letzten sechs Jahren ca. 30 ha für die gewerbliche Nutzung in Anspruch genommen. Aktuell verfügt die Stadt Vreden kaum noch über vermarktbare Flächen.

Um die Flächennachfrage bedienen zu können, soll die bereits im Flächennutzungsplan dargestellte gewerbliche Baufläche südlich des Industriegebietes Gaxel nach Osten in Richtung Winterswijker Straße erweitert werden. Gleichzeitig wird der Flächenzuschnitt im westlichen Bereich geringfügig geändert.

Die bereits im Flächennutzungsplan dargestellte gewerbliche Baufläche kann somit auf Grundstücke erstreckt werden, die die Stadt Vreden zwischenzeitlich erwerben konnte, so dass eine schrittweise Planumsetzung kurzfristig möglich ist, um der Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen sukzessive entsprechen zu können. Darüber hinaus kann über die erweiterte Fläche bis zur K 24 ein sinnvolles Infrastruktursystem angelegt werden, das die entstehenden Bauabschnitte und Grundstücke optimal erschließt

Um die Grenzlage entsprechend den früheren Planüberlegungen doch als zusätzlichen Standortvorteil nutzen zu können, soll östlich der Winterswijker Straße auf der Grenze mit den Niederlanden in Kooperation mit der Gemeinde Winterswijk ein grenzüberschreitendes Dienstleistungszentrum entstehen, das in die erweiterte gewerbliche Baufläche integriert wird.

Planungsalternativen

Die Stadt Vreden verfolgt für ihre gewerblichen Standorte das Konzept, dass kleine und mittlere Betriebe mit geringerem Störpotenzial in Gebieten in Stadtrandlage angesiedelt werden, während das Industriegebiet Gaxel mit deutlichem Abstand zur Kernstadt sowie den nächstgelegenen Wohnsiedlungen den übrigen Gewerbe- und Industriebetrieben vorbehalten bleibt.

Darüber hinaus ist über den Flächennutzungsplan im Bereich des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden eine gewerbliche Baufläche vorgesehen, die ausschließlich flugplatzaffinen Betrieben dienen soll.

Ausgehend von diesem Gewerbeflächenkonzept ist zur Bedienung der Nachfrage nach gewerbliche-industriellen Flächen nur eine Erweiterung des Industriegebietes Gaxel möglich. Der Flächennutzungsplan 2030 sieht hierfür zum einen Erweiterungsflächen am Nordrand des Industriegebietes vor. Diese sollen nach dem zu Grunde liegenden Konzept ohne zusätzliche Erschließung den vorhandenen Betrieben als Erweiterungsflächen dienen.

Potenzielle Erweiterungsflächen für die Ansiedlung neuer Betriebe befinden sich nordwestlich sowie südlich des Industriegebietes.

Aufgrund der gegebenen Flächenverfügbarkeit soll zunächst der Bereich südlich des Industriegebietes entwickelt werden. Zur Deckung des hohen Gewerbe- und Industrieflächenbedarfes ist dabei die Erweiterung der gewerblichen Baufläche bis zur K 24 erforderlich.

2. Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Der Änderungsbereich liegt an der Winterswijker Straße zwischen dem Industriegebiet Gaxel und der Grenze zu den Niederlanden. Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Vreden

Flur 128

Flurstücke 2, 39 teilweise, 38 teilweise, 51

Flur 131

Flurstücke 80 (Gaxel 78), 81 (Gaxel 79), 82 (Gaxel 77), 79, 78, 77, 76, 75 (Gaxel 76), 74 (Gaxel 75), 73, 72, 71, 210, 209 (Gaxel 74), 69, 68, 67, 66, 65, 64, 63, 62, 61 (Gaxel 73), 267 (Gaxel 72), 266, 59 (Gaxel 67), 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 95, 94, 96, 97, 98, 109 teilweise, 143, 166 (Gaxel 71a)

Die Abgrenzung des Geltungsbereichs kann dem folgenden Lageplan entnommen werden:

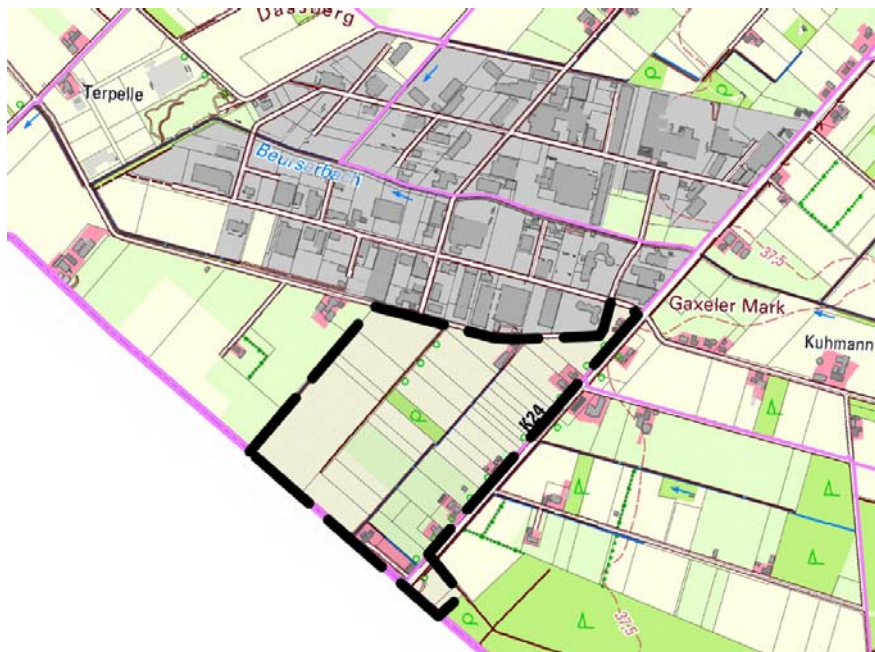


Abb. 1: Abgrenzung des Änderungsbereiches, Quelle: eigene Darstellung

3. Einordnung der Planung in die übergeordnete Planung

Der Regionalplan Münsterland wurde im Bereich südlich des Industriegebietes Gaxel geändert (22. Änderung, bekanntgemacht im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW am 22.10.2019). Die Änderung beinhaltet eine Erweiterung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches (GIB) um 19 ha sowie eine Flächenverlagerung von 2 ha GIB nach Osten. Hierdurch werden unmittelbar angrenzend an den bereits im Regionalplan festgelegten GIB insgesamt 21 ha GIB entlang der Winterswijker Straße festgesetzt. Die Erweiterungsfläche schließt im Süden an der Grenze zu den Niederlanden den Standort des gemeinsam mit der Gemeinde Winterswijk geplanten grenzüberschreitenden Dienstleistungszentrums ein.

Durch die Flächennutzungsplanänderung werden die gewerblichen Bauflächen an die Darstellung im Regionalplan angepasst.

4. Inhalt der Flächennutzungsplanänderung

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan 2030 stellt bereits südlich des Industriegebietes Gaxel bis zur Grenze mit den Niederlanden eine gewerbliche Baufläche von ca. 19 ha dar. Diese Fläche wird in Richtung K 24 nach Osten erweitert. Darüber hinaus wird entlang der Grenze zu den Niederlanden der Standort des geplanten grenzüberschreitenden Dienstleistungszentrums östlich der Winterswijker Straße als gewerbliche Baufläche dargestellt.

Im Westen wird die Darstellung der gewerblichen Baufläche auf einer Breite von ca. 55 m zurückgenommen was ca. 2 ha entspricht. Hier wird entsprechend der tatsächlichen heutigen Nutzung Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Durch die Erweiterung beinhaltet die Darstellung der gewerblichen Baufläche südlich des Industriegebietes Gaxel insgesamt eine Fläche von ca. 38 ha.

5. Erschließung, Ver- und Entsorgungseinrichtungen

Zur Erschließung des Gebietes wird eine Infrastruktur-Rahmenplanung erarbeitet. Zum jetzigen Verfahrensstand können daher nur folgende allgemeinen Aussagen zur Infrastruktur getroffen werden.

5.1. Verkehrliche Erschließung

Der Änderungsbereich ist großräumig über die Winterswijker Straße, Otto-Hahn-Straße und äußere Ringstraße (L 608) an die Bundesstraße 70 und das übergeordnete Straßennetz angebunden. Die innere Erschließung erfolgt über eine Verlängerung der Otto-Hahn-Straße sowie über die Von-Siemens-Straße.

5.2. Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Gebietes mit Trinkwasser, Strom und Telekommunikation erfolgt über eine Erweiterung der vorhandenen Systeme.

5.3. Abwasserbeseitigung

Das Plangebiet wird im Trennverfahren erschlossen.

Schmutzwasser

Die im Plangebiet anfallenden Schmutzwassermengen werden über eine herzustellende innere Schmutzwasserkanalisation gesammelt und über einen Anschluss an das Bestandsnetz zur Kläranlage abgeleitet.

Regenwasser

Die im Plangebiet anfallenden Regenwassermengen werden über eine herzustellende Regenwasserkanalisation gesammelt, geklärt und gedrosselt in ein Gewässer eingeleitet. Ein Anschluss an den Beurserbach (Gewässer Nr. 400) ist dabei aufgrund der gegebenen Hochwasserproblematik nicht vorgesehen.

6. Umweltauswirkungen

6.1. Umweltprüfung

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist in der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen. Im Umweltbericht nach § 2a BauGB sind die auf Grund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung. Der Umweltbericht der öKon GmbH vom 14. Mai 2019 ist als Anlage Bestandteil dieser Begründung.

Im Ergebnis macht der vorliegende Umweltbericht deutlich, dass im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung zwar die Grundlagen für die konkrete Bauleitplanung, aber keine realen baulichen Veränderungen vor Ort geschaffen werden. Nach Umsetzung der Vermeidungs- und Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung verbleiben voraussichtlich keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen (vgl. öKon GmbH 2019 S. 29). Zu weiteren Einzelheiten wird auf den Umweltbericht verwiesen.

6.2. Artenschutz

Ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag liegt nicht vor, in 2015 wurden allerdings bereits faunistische Untersuchungen in großen Teilbereichen des Änderungsbereiches durchgeführt. Absehbar von der Planung betroffen sind Kiebitz und Fledermäuse. Weitere vertiefende Untersuchungen sowie artenschutzrechtliche Prüfungen sind auf der nachgeschalteten Bebauungsplanebene durchzuführen. Die absehbar erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Ausgleich von möglichen Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG sind in dem nachgeschalteten Bebauungsplanverfahren zu konkretisieren (vgl. öKon GmbH 2019 S. 28).

6.3. Eingriffsregelung

Die Ausweisung neuer gewerblicher Bauflächen zieht Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

6.4. Geruch

Im Plangebiet selbst sowie in einem Umkreis von 600 m um das Plangebiet befinden sich sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite verschiedene landwirtschaftliche Hofstellen mit Tierhaltung.

Die Tierhaltungsanlagen sind verglichen mit modernen Haupterwerbsbetrieben relativ klein. Sie liegen auf deutscher Seite zudem überwiegend östlich des Plangebietes und somit außerhalb der vorherrschenden Windrichtung.

Auf niederländischer Seite befinden sich zwei landwirtschaftliche Betriebe mit intensiver Tierhaltung in einem Abstand von ca. 600 m bzw. 800 m zum Plangebiet. Die Erweiterung der gewerblichen Baufläche nach Osten rückt gegenüber der Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan nicht näher an diese Betriebe heran.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der Abstände zum Plangebiet sowie der eher geringen Tierbestände keine unzumutbaren Geruchsimmissionen durch Tierhaltungsbetriebe im Plangebiet auftreten.

In der verbindlichen Bauleitplanung ist dies entsprechend der Stellungnahme des Kreises Borken vom 18.06.2019 durch entsprechende Geruchsimmissionsprognosen zu untersuchen. So sollen in zukünftigen Bebauungsplanverfahren alle relevanten Emittenten im 600 m-Radius berücksichtigt werden. Soweit Emittenten im Radius von 600 bis ca. 1200 m um den Planbereich vorliegen, durch die aufgrund ihrer Geruchsstofffracht relevante Auswirkungen auf das Plangebiet zu erwarten sind, sollen auch diese berücksichtigt werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt darüber hinaus keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Erweiterung der gewerblichen Baufläche mögliche Erweiterungsabsichten der landwirtschaftlichen Betriebe einschränken könnte. Auch dies soll in nachfolgenden Bebauungsplanverfahren geprüft werden.

6.5. Immissionen

Das Plangebiet liegt in einem Abstand von ca. 1 km zur nächsten Wohnsiedlung. Wohnhäuser und landwirtschaftliche Hofstellen im Außenbereich liegen teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet.

Die Umsetzung der Planung durch Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben wird insbesondere für die benachbarten Hofstellen und Wohnhäuser im Außenbereich zu einer geänderten Immissionssituation führen.

Um die Wohngebäude vor unzumutbaren Beeinträchtigungen zu schützen sind im verbindlichen Bauleitplanverfahren daher entsprechende Regelungen wie z.B. eine Gliederung des Plangebietes entsprechend der Abstandsliste NRW erforderlich.

Störfallrecht

Das Bundesimmissionsschutzgesetz, dass die Vorgaben der EU-Richtlinie 2012/18/EU in nationales Recht umsetzt, gibt in § 3 bzw. § 50 vor, dass bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen so zuzuordnen sind, dass schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Störfallschutzes so weit wie möglich vermieden werden. Hierfür sollen angemessene Sicherheitsabstände zwischen Betrieben, Betriebsbereichen und Anlagen, die unter das Störfallrecht fallen und benachbarten Schutzobjekten eingehalten werden (Trennungsgrundsatz).

Benachbarte Schutzobjekte im Sinne des Gesetzes sind ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete, öffentlich genutzte Gebäude und Gebiete, Freizeitgebiete, wichtige Verkehrswege und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete.

Eine Flächenzuordnung soll über ausreichende Sicherheitsabstände erfolgen. Gesetzliche Vorgaben oder verbindliche Verwaltungsvorschriften zu einem angemessenen Sicherheitsabstand für eine Bauleitplanung, bei der keine Detailkenntnisse für die zukünftigen Betriebe vorliegen, gibt es nicht. Zur Orientierung werden i.d.R. die im Leitfaden KAS-18 genannten Abstandsempfehlungen (Achtungsabstände) herangezogen. Der größte Abstand nach dem Leitfaden KAS-18 bei Einsatz des Stoffes Acrolein beträgt ungefähr 2,2 km. Der nächstgrößere Achtungsabstand für den Stoff Phosgen beträgt bereits nur noch knapp 1,5 km.

Auf Ebene der Flächennutzungsplanung erfolgt eine Darstellung gewerblicher Bauflächen, ohne dass auf dieser Planungsebene der konkrete Katalog der zukünftig zulässigen Betriebe bereits festgelegt ist. Insofern können die in der KAS-18 ermittelten Achtungsabstände einen Anhalt dafür geben, inwieweit unter dem Gesichtspunkt der planerischen Störfallvorsorge ein Ausschluss oder eine Einschränkung für bestimmte Anlagen, Tätigkeiten oder Nutzungen im späteren Bebauungsplan festgesetzt werden müssen bzw. ob die vorgesehene Planung in dem vorgesehen Umfang realisierbar ist, sofern Betriebsbereiche von der Planung erfasst werden bzw. aufgrund der geplanten Umgebungsbebauung davon tangiert sein können (vgl. KAS-18, 4.1 Anwendung bei der Flächennutzungsplanung).

Die mit der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes vorbereitete Erweiterung des Industriegebietes Gaxel liegt wie oben ausgeführt in einer Entfernung von ca. 1 km zu den nächstgelegenen Wohngebieten in Vreden. Der Abstand zu den nächstgelegenen niederländischen Wohngebieten in der Gemeinde Winterswijk beträgt ca. 7 km.

In Bezug auf die nächstgelegenen Wohngebiete werden die Achtungsabstände lediglich für vier Stoffe (Acrolein, Phosgen, Chlorwasserstoff und Chlor, alle Klasse VI) unterschritten, für die weiteren 14 genannten Stoffe (Klassen I bis III) aber eingehalten.

Öffentlich genutzte Gebäude und Gebiete, Freizeitgebiete, wichtige Verkehrswege und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete sind innerhalb der Achtungsabstände nicht vorhanden.

Mit dem geplanten grenzüberschreitenden Dienstleistungszentrum an der Grenze zu den Niederlanden soll zukünftig ein öffentlich genutztes Gebäude innerhalb der dargestellten gewerblichen Baufläche liegen. Der entsprechende Bebauungsplan Nr. 115 „Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Gaxel“ wird zurzeit aufgestellt.

In nachfolgenden Bebauungsplanverfahren für die Erweiterung des Industriegebietes Gaxel nach Süden kann durch entsprechende Feinsteuerung der zulässigen Art der baulichen Nutzung Rücksicht auf die nächstgelegenen Wohngebiete sowie auf den dann voraussichtlich rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 115 und das damit zulässige öffentlich genutzte Gebäude genommen werden.

Auf Ebene der Flächennutzungsplanung wird dem Trennungsgrundsatz ausreichend Rechnung getragen. Bei vorausschauender Betrachtung ist eine Lösung etwaiger Konflikte in nachfolgenden Bebauungsplanverfahren durch die Feinsteuerungsmöglichkeiten nach § 9 BauGB sowie der BauNVO gegeben.

Weitergehende Festlegungen zum Ausschluss von Betriebsbereichen i.S.d. § 3 BImSchG sind im Flächennutzungsplan nicht erforderlich.

6.6. Klimaschutz

Zur Beschreibung des Klimas wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Das Plangebiet wird durch landwirtschaftliche Flächen geprägt. Diese sind im Allgemeinen als gut durchlüftete klimatische Einheiten anzusehen, innerhalb derer der normale Temperatur- und Feuchtverlauf stattfinden kann. Generell besitzen sie ein starkes Kaltluftbildungspotenzial, das benachbarten besiedelten oder versiegelten Flächen zum Luftaustausch dienen kann.

Mit der Umsetzung der Planung nimmt die Flächenversiegelung zu. Durch die Bebauung und Flächenversiegelung sind lokalklimatische betrachtet Aufwärmeeffekte wahrscheinlich.

In nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanverfahren sind Maßnahmen zu treffen, die die klimatischen Auswirkungen mindern z.B. durch Begrünungen.

Mit einer planbedingten, negativen Veränderung des städtischen Klimas ist nicht zu rechnen, da die Siedlungsgebiete immer noch von großen, zusammenhängenden Kaltluftentstehungsgebieten umgeben ist und Luftaustauschbahnen von der Planung nicht betroffen sind.

Zu weiteren Einzelheiten wird auf den Umweltbericht verwiesen.

6.7. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen soll begründet werden.

Im vorliegenden Fall ist zur Bedienung der Nachfrage nach gewerblich-industriellen Bauflächen die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen erforderlich. Eine Innenentwicklung durch Nutzung von Brachflächen oder Konversionsflächen ist nicht möglich, da solche Flächen im Stadtgebiet von Vreden, die sich für eine gewerblich-industrielle Nutzung eignen würden, nicht vorhanden sind. Erweiterungen vorhandener Gewerbe- und Industriegebiete sind nur durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen möglich.

7. Sonstige Auswirkungen der Planung

7.1. Denkmalschutz und -pflege

Weder innerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung noch im Nahbereich befinden sich Baudenkmäler oder sonstige Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes bzw. Objekte, die im Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes der Stadt Vreden enthalten sind.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist gem. §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz der Stadt Vreden und der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster unverzüglich anzuzeigen.

7.2. Altlasten

Im Plangebiet sind Altlasten, Altlastenverdachtsflächen und schädliche Bodenverunreinigungen nicht bekannt.

Ein Kampfmittelvorkommen ist nach heutigem Kenntnisstand im Plangebiet nicht bekannt, es kann aber nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund soll der folgende allgemeine Hinweis in die aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden Bebauungspläne aufgenommen werden: Weist bei Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub auf eine außergewöhnliche Verfärbung hin oder werden verdächtige Gegenstände (Munitionsfunde) beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelbeseitigungsdienst durch die Ordnungsbehörde oder die Polizei zu verständigen.

8. Umsetzung der Planung

Die Planumsetzung erfolgt über einen sukzessiven Flächenerwerb und verbindliche Bauleitplanung in einzelnen Teilabschnitten.

Quellen:

Bezirksregierung Münster, 22. Änderung des Regionalplans Münsterland, bekanntgemacht im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW am 22.10.2019

Kreis Borken, Statistik Online, <https://kreis-borken.de/de/kreisverwaltung/service/statistische-veroeffentlichungen/statistik-online/>, Grunddaten zu Erwerbstätigkeit, erschienen am 21.11.2018

öKon GmbH (2019), Umweltbericht zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Vreden im Bereich südlich des Industriegebietes Gaxel, 29.11.2019